

Prof. Güllner warnt: Vertrauen in die Demokratie schwindet dramatisch

Prof. Manfred Güllner warnt vor dem Vertrauensverlust in die Politik und dem drohenden Zusammenbruch der Demokratie in Deutschland.

Der bekannte Meinungsforscher Prof. Manfred Güllner (81), der seit über 40 Jahren mit seinem Forsa-Institut in der deutschsprachigen politischen Landschaft tätig ist, äußert in einem aktuellen Interview besorgniserregende Einschätzungen zur wachsenden Unzufriedenheit der Wähler mit der Bundesregierung. Angesichts der enormen gesellschaftlichen Spannungen und eines dramatischen Rückgangs des Vertrauens in die Politik erklärt Güllner: „So schlimm wie jetzt war es noch nie.“ Diese Äußerung ist mehr als nur eine Alarmglocke. Güllner, der als Experte vor allem für seine präzisen Wahlanalysen bekannt ist, hat das Gefühl, dass die Wähler zunehmend das Gefühl haben, von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten zu werden.

Immer mehr Menschen haben den Eindruck, dass die politischen Akteure der Ampel-Koalition – bestehend aus SPD, Grünen und FDP – die Sorgen und Bedürfnisse der großen Mehrheit ignorieren. Güllner stellt fest, dass lediglich 30 Prozent der Wähler bereit sind, eine der Ampel-Parteien zu wählen. „Das ist eine Unzufriedenheit, wie ich sie bisher noch nie festgestellt habe“, behauptet er. Dies spiegelt sich nicht nur in Umfragen wider, sondern auch in einer allgemeinen abnehmenden Bereitschaft der Bürger, politische Beteiligung zu zeigen.

Die Situation in den Ost-Ländern

Ein weiterer besorgniserregender Punkt in Güllners Analyse ist die Lage in den ostdeutschen Bundesländern. Viele Menschen dort hätten ein starkes Gefühl der Entfremdung gegenüber den etablierten Parteien entwickelt. Güllner erklärt, dass etwa 60 Prozent der Wähler in Ostdeutschland nicht mehr für die sogenannten etablierten Parteien stimmen. Stattdessen gewinnen Parteien wie die AfD und das Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSW) zunehmend an Einfluss und Zustimmung. Güllner warnt: „Diese Entwicklungen können das gesamte demokratische System destabilisieren. Wenn das auch den Westen infiziert, dann wird es kritisch.“

Die Ängste um die Demokratie sind für Güllner neu, da er bis dato optimistisch war. Doch die aktuellen Werte des Vertrauensverlusts unter den Bürgern haben ihn nachdenklich gestimmt. Von der Sorge um den Zustand der Demokratie geprägt, bemerkt er: „Ich habe tatsächlich zum ersten Mal ein bisschen Angst um die bestehende Demokratie.“ Diese Äußerungen könnten auch dazu führen, dass die Bürger dringend nach Alternativen für ihre politischen Interessen suchen.

Der Aufstieg der AfD

Ein weiteres zentrales Thema in Güllners Kommentaren ist der überraschende Aufstieg der AfD. Diese Partei hat seit dem letzten Jahr an Zustimmung gewonnen und erreichte in Umfragen bis zu 23 Prozent. Güllner vermutet, dass viele Wähler, die zuvor anderen Parteien nahestanden, aus Unmut über die einmaligen Antworten der Ampel-Koalition zur AfD gewechselt sind. „Da sind auch Leute dabei, die nicht zum eigentlichen rechtsradikalen Kern gehören, sondern einfach aus Ärger über die Ampel gesagt haben: Jetzt wähle ich DIE!“, so Güllner. Diese Beobachtungen werfen ein Licht auf die derzeitigen politischen Strömungen und Reveals die tiefgehende Unzufriedenheit.

Was die Grünen betrifft, kritisiert Güllner, sie seien nach wie vor

eine „elitäre Partei“, die sich nur wenig um die Sorgen der breiten Masse kümmere. Ihre Unterstützung aus gehobenen Bildungsschichten ermögliche es ihnen, die Alltagsorgen der geringen Einkommensschichten zu ignorieren, was den Wählern ein Gefühl von Entfremdung verleiht. Güllner sagt dazu: „Keine Chance mehr, zu einer Art Volkspartei zu werden.“

Interessanterweise stellt Güllner auch fest, dass insbesondere die FDP unter diesem politischen Umbruch zu leiden hat. Bei der Wählergunst hat die FDP prozentual am stärksten Stimmen an die AfD verloren, was ihres Rückhaltes bezüglich der Anliegen des Mittelstands geschuldet ist. „Der Mittelstand, ihre Kernwählerschaft, ist extrem enttäuscht“, stellt Güllner klar.

Die Vision eines Wandels

Obwohl die Zahlen und Trends alarmierend sind, gibt es für Güllner immer noch einen Funken Hoffnung. Er äußert den Wunsch, dass die demokratischen Parteien erkennen, dass sie sich verändern müssen, um wieder zu ihren Wählern zu finden. Das „Öffnen der Ohren“ für die Anliegen der Bürger könnte den Parteien helfen, ihr verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Für Güllner ist dies nicht nur eine Frage der Politik, sondern eine entscheidende Herausforderung für die deutsche Demokratie selbst.

Die Beobachtungen von Prof. Manfred Güllner werfen ein bemerkenswertes Licht auf den aktuellen Zustand der Demokratie in Deutschland. Der Vertrauensverlust der Bürger in die Politik ist angesichts der jüngsten Umfragen und der sich verändernden politischen Landschaft ein kritisches Thema.

Eine zentrale Beobachtung ist die Zunahme unzufriedener Wähler in Deutschland, die sich von den etablierten Parteien abwenden. Diese Tendenz lässt sich durch verschiedene Faktoren erklären, darunter wirtschaftliche Unsicherheiten, ein Anstieg der Lebenshaltungskosten und die gestiegene Zahl der Menschen, die mit der Politik unzufrieden sind. In der kritischen

Phase nach der COVID-19-Pandemie haben viele Menschen das Gefühl, dass ihre Sorgen und Nöte von der Regierung nicht angemessen adressiert werden. Diese Dynamik könnte sowohl politische als auch gesellschaftliche Konsequenzen haben.

Das Vertrauen der Wähler in die Politik

Laut aktuellen Umfragen ist das Vertrauen der Bürger in die politischen Parteien auf einem historisch niedrigen Stand. Nur 30 Prozent der Wähler würden aktuell eine der Ampel-Parteien wählen, was einen dramatischen Rückgang im Vergleich zu vorherigen Wahlzyklen darstellt. Diese Werte belegen nicht nur die Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierung, sondern könnten auch die Grundlage für das Erstarren von Oppositionsparteien wie der AfD sein.

Die Forschung zeigt, dass das Vertrauen der Bürger in die Politik durch verschiedene Krisen beeinträchtigt wird, sei es durch wirtschaftliche Unsicherheiten, soziale Ungleichheit oder politische Skandale. Eine Studie des **Bertelsmann-Stiftungs** aus dem Jahr 2022 bestätigt, dass das Vertrauen in öffentliche Institutionen in Deutschland seit 2014 kontinuierlich abgenommen hat.

Demografische Unterschiede im Wählerverhalten

Ein weiterer interessanter Aspekt ist die geografische und demografische Variation des Wählerverhaltens. Güllner weist darauf hin, dass die Unzufriedenheit in Ostdeutschland deutlich ausgeprägter ist. Hier wählen mehr als 60 Prozent der Wähler nicht mehr die etablierten Parteien, was mit einem starken Anstieg der Unterstützung für die AfD einhergeht. Solche Trends sind nicht nur alarmierend, sondern werfen auch Fragen zur politischen Repräsentation und zur Stabilität des politischen Systems in Deutschland auf.

Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich auch in Umfragen zur politischen Zufriedenheit. Während viele Westdeutsche in einer stabileren wirtschaftlichen Lage sind, kämpfen die ostdeutschen Bundesländer weiterhin mit höheren Arbeitslosenzahlen und strukturellen Problemen. Diese regionalen Unterschiede tragen zur Fragmentierung des politischen Raums bei und verdeutlichen die Notwendigkeit, spezifische politische Lösungen zu finden, um die Bürger an die Demokratie zu binden.

Zusätzlich zeigt die Forschung, dass jüngere Wähler, die unter 30 Jahren sind, signifikant weniger Vertrauen in die politischen Institutionen haben als ältere Generationen. Laut einer Studie des **Allensbach-Instituts** aus dem Jahr 2021 sind gerade 47 Prozent der Befragten in dieser Altersgruppe der Meinung, dass die Politik in Deutschland nicht mehr auf ihre Bedürfnisse eingeht.

Die Entwicklungen, die Manfred Güllner beschreibt, sind Teil eines größeren Musters, das die politische Landschaft in Deutschland prägt. Mit der Notwendigkeit für politische Parteien, ihre Ansätze zu überdenken und sich mehr um die Anliegen der Bürger zu kümmern, bleibt abzuwarten, wie sich diese Dynamik in den kommenden Monaten und Jahren entwickeln wird.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)